

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

**Verdrängung und Verelendung der ausgebeuteten Zuwanderer in Bremerhaven stoppen
Verdunkelung und Verfahrenshindernisse verhindern**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, den Magistrat der Seestadt Bremerhaven (und die Bundesagentur für Arbeit) dabei zu unterstützen, dass

1. Ausmaß und Abläufe der „organisierten Ausbeutung mittels Sozialhilfebetrug“ aufgeklärt werden und schnellstmöglich entsprechende rechtliche und politische Konsequenzen ergriffen werden können;
2. für die betroffenen Zuwanderer die Grund- und Menschenrechte, die Gesundheitsversorgung, das Kindeswohl, die Informationsrechte und die bestehende staatliche Fürsorgepflicht gewahrt werden;
3. Aufklärung und Beweissicherung nicht behindert werden.

Prof. Dr. Hauke Hilz, Dr. Magnus Buhlert,
Lencke Steiner und Fraktion der FDP